

## Debatte um Shutdown-Lockerungen: Familienverbände fordern Entlastung für Familien, die besonders unter Druck stehen

Insbesondere Familien mit Kindern im Kita- und Grundschulalter stehen in der Corona-Krise vor großen Herausforderungen: sie müssen die Kinder sinnvoll beschäftigen und beim eigenständigen Lernen unterstützen. Nebenbei müssen sie hauswirtschaftliche Versorgung organisieren. Und die eigene Arbeit sollen sie ohne allzu große Effizienzeinbußen im Homeoffice erledigen. Das mag für gut aufgestellte Familien gerade so gehen, aber bei alleinerziehenden, gesundheitlich eingeschränkten oder in prekären Situationen befindlichen Eltern kann es schnell zu Überforderung kommen. Hier sollte an individuelles und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein appelliert werden: wer sich überfordert fühlt, seinem Kind bzw. seinen Kindern einen strukturierten sinnvollen Tagesablauf zu bieten, dessen Kinder müssen auf jeden Fall Zugang zu Betreuung bzw. Unterrichtsangeboten in überschaubaren Kleingruppen bekommen. Insofern begrüßen wir die schrittweise Öffnung der Schulen und erwarten ein für Schulen schnell umsetzbares Hygienekonzept, welches momentan zwischen dem Niedersächsischen Kultusministerium und den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt wird. Die von Familienministerin Giffey jetzt verkündete schrittweise Öffnung der Kitas ist der richtige Schritt. Auch die jüngeren Kinder bedürfen der Betreuung.

Für Kinder, die bereits in der sozialpädagogischen Familienhilfe sind, gilt das gleiche. Jugendhilfe ist genauso systemrelevant wie die Angebote für Kinder von Eltern aus besonders wichtigen Berufsgruppen. Da diese Angebote bisher wenig genutzt werden, sollte der Adressatenkreis hier erweitert werden.

Die finanzielle Belastung für Familien nimmt zu, da viele Eltern einen Verdienstaufschlag verbuchen bzw. Kurzarbeitergeld erhalten. Bei ohnehin einkommensschwachen Familien wird dieser Verlust von über 30 % auch nicht durch den Notfall-Kinderzuschlag aufgefangen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass nicht alle Familienhaushalte einen PC, Laptop oder Tablet haben. Wie sollen Kinder dann Hausaufgaben machen, die überwiegend von Lehrern digital übermittelt werden? Die Jobcenter müssten die Kosten für die Anschaffung eines Geräts als einmaligen Mehrbedarf übernehmen oder die Schulen müssten Geräte verleihen.

Da regionale Besonderheiten beim Infektionsgeschehen und räumliche Gegebenheiten zu beachten sind, kommen generelle Detailregelungen eher nicht in Betracht. Hier muss den Schulen und Schulträgern ebenso viel Kreativität und Flexibilität ermöglicht werden wie der gesamten Gesellschaft.

Belastend ist auch die Situation mit pflegebedürftigen Angehörigen: wie kann man einer an Demenz erkrankten Person erklären, dass körperlicher Abstand und Atemschutz zu ihrem Schutz notwendig sind? Nicht zu vergessen ist in dieser Krise, dass 75 % der pflegebedürftigen Niedersächsischen und -sachsen zu Hause versorgt werden – zu zwei Dritteln rein privat. Die pflegenden Angehörigen tragen aktuell eine besonders große Verantwortung.

Es darf schon darüber nachgedacht werden, was man aus dieser Krise lernen kann: den Digitalisierungsschub nutzen, Problembereiche identifizieren und beheben, nachhaltigere Lebensweise trainieren.

Kontakt: Seyhan Öztürk, Vorsitzende, [info@oeztuerk-rechtsanwaeltin.de](mailto:info@oeztuerk-rechtsanwaeltin.de)

Christine Volland, Geschäftsführerin, Tel. 0511-3604110, [geschaeftsstelle@agf-niedersachsen.de](mailto:geschaeftsstelle@agf-niedersachsen.de)